

Entwicklungspolitik nach den Terrorakten vom 11. September 2001 hier S. 1-4
Development Policy in the aftermath of the acts of terror of September 11, 2001 p. 5-8

Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung, hg. v. Tobias Debiel, Bonn 2002, S. 9-17

Vorwort

Die Stiftung Entwicklung und Frieden legt nach dem früheren Sammelband „Der gelungene Frieden“ mit diesem EINE-Welt-Text eine Publikation vor, die sich mit dem zerbrechlichen Frieden auseinandersetzt und verschiedene Krisenregionen unter der Trias von Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung untersucht.

Gustav Heinemann, von 1969 bis 1974 Bundespräsident, hatte eindringlich gemahnt: Der Friede muss täglich neu gestiftet werden. Heute - mit dem sich globalisierenden Terror und dem Unfrieden auf dem Balkan, im Kaukasus, Nahen bzw. Mittleren Osten sowie in vielen anderen Entwicklungsregionen der Welt - verstehen wir diesen Imperativ besser als zuvor.

Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts mit dem Genozid in Ruanda und seinen vielen Krisen und Kriegen haben deutlich gemacht, dass die Fähigkeiten zur Konfliktverhütung und Krisenprävention nicht ausreichen. Die neuartigen Kriege, die mit einer Entstaatlichung des Krieges einher gehen und oft im Namen einer religiösen, ethnischen oder clanmäßigen Identität ausgetragen werden, haben die Herausforderungen an die Politik noch erhöht; denn für Partisanen, Söldner, Warlords oder fanatische Terroristen findet „Krieg“ weder Grenze noch Ende durch den angestrebten Frieden.

Die barbarischen Terrorakte in den USA am 11. September 2001 forderten die ganze Weltgemeinschaft heraus. Sie waren, wie es der UN-Sicherheitsrat einstimmig feststellte, mit einem kriegerischen Angriff auf ein Land gleichzusetzen und als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einzustufen, die mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta, zu bekämpfen sei. Dieses einstimmige Votum ist „nachgerade historisch“; neben den Nato-Partnern haben sich auch alte und neue Rivalen wie Russland und China um die USA geschart: „Sie alle haben begriffen, dass ein ebenso kostbares wie fragiles Gut auf dem Spiel steht: ob wir jene Sicherheit genießen dürfen, die uns die Freiheit garantiert; ob wir dem Fremden unsere Grenzen, Hochschulen und Werkstätten öffnen können; ob wir unsere blutig erkämpften Freiräume bewahren können, in denen Religionen und Ideologien halbwegs friedlich nebeneinander leben.“ (Josef Joffe)

Insofern zwingt der 11. September auch zum Nachdenken und Vergewissern darüber, was unsere Gesellschaften im Innersten zusammenhält. Zu den Bindungskräften zählen Demokratie und Menschenrechte, individuelle und wirtschaftliche Freiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, materielles Wohlergehen, soziale Verantwortung und Solidarität, die Vorherrschaft des Rechts und die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, das „Licht“ der Aufklärung und Vernunft, die Trennung von Kirche und Staat, die Offenheit für eine nicht determinierte Zukunft, Achtung vor dem Leben, der Natur und den zukünftigen Generationen. Manches davon ist auch in Europa immer wieder Gefährdungen ausgesetzt, vieles davon besitzt universelle Prägekraft.

Der 11. September 2001 ist ein zusätzlicher Anstoß für den „Westen“, darüber nachzudenken, was wir der EINEN Welt schuldig sind. Bereits auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen in New York im September 2000 hatten die Staats- und Regierungschefs einschließlich jener aus den reicheren Ländern unter Berücksichtigung allgemein anerkannter Werte wie Freiheit, Solidarität und geteilte Verantwortung geschworen, die Welt im neuen Jahrhundert ein gutes Stück menschlicher und gerechter zu gestalten. Konkret haben sie sich verpflichtet, den Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu verringern. Im ersten Bericht der Nord-Süd-Kommission von 1980 hatte deren Vorsitzender Willy Brandt gemahnt, die Bemühungen um den Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als „eine neue, geschichtliche Dimension für die aktive Sicherung des Friedens“ zu begreifen; denn: „Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.“ Wird jetzt endlich tatkräftig damit begonnen, diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen?

In der Nach-September-Welt stellen sich in der Tat deutlicher als zuvor für Deutschland und Europa neue - und altbekannte - Aufgaben. Die Entwicklung zu einer friedenspolitischen Verantwortung der Europäer auf ihrem Territorium, für die Nachbarregionen und darüber hinaus beschleunigte sich - allerdings verbunden mit der Sorge, der Krieg werde zu einem dominierenden Mittel und dränge die Politik in den Hintergrund. Bereits der oft missverstandene Clausewitz hatte in seiner kriegstheoretischen Schrift *Vom Kriege* jedoch der Politik die Priorität einräumt, über jene Ziele zu befinden, die durch einen Krieg erreicht werden sollen. Die Politik gebe dem militärischen Instrument seine Zwecke vor, weshalb sie den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben werde. Alles andere, nämlich die Führung des Krieges als Selbstzweck, sei blutrünstig.

Der Einsatz militärischer Mittel ist immer zweischneidig und nur *ultima ratio*. Was ist *prima ratio*? Bezogen auf die Spannungen und Frustrationen, die von der Kluft zwischen Arm und Reich ausgehen - Entwicklung und Frieden zusammenzuführen, wie es auch im Namen der Stiftung zum Ausdruck kommt; eine neue Art von Entspannungspolitik zu betreiben: eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Entspannungspolitik. In erster Linie ist Entwicklung im Sinne der Agenda 21 der neue Name für Frieden. Die vornehmste Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es, zu einer auf Dauer wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten, menschenwürdigen, demokratischen und friedlichen Entwicklung beizutragen.

Der frühere EINE-Welt-Band „Der gelungene Frieden“, herausgegeben 1997 von Professor Volker Matthies, hatte die weiterhin gültige positive Botschaft vermittelt, dass selbst bei widrigen Bedingungen Frieden möglich und machbar ist. Nunmehr lautet die Aufgabe herauszufinden, welche institutionellen und materiellen, normativen und emotionalen Ursachen für die Zerbrechlichkeit des Friedens verantwortlich sind und wie Bedingungen für einen stabile(re)n, dauerhafte(re)n Frieden geschaffen werden können.

Der Herausgeber Thomas Debiel stellt in der Einleitung zu diesem Sammelband bedenkenswerte Grundsatzüberlegungen an, die in die Thematik einführen: über die Krise des Staates, aber auch die Machtarroganz von Herrschaftsquellen als zentrale Kriegsursachen und Entwicklungsblockaden, über Strukturen, Eigendynamik und Formwandel der Gewalt, die Kriegsländer zunehmend prägen und ihre Transformation in Friedensländer erschweren, und über die Transformation kriegszerrütteter Länder. Zugleich bietet er eine gelungene Zusammenschau der verschiedenen Beiträge, die beispielhaft drei Regionen behandeln: den Südkaukasus einschließlich einer Fallstudie über Georgien, Zentralamerika (Fallstudie Guatemala) und das Horn von Afrika (Fallstudie Äthiopien) sich Der Herausgeber schließt den Sammelband mit einem eigenen Beitrag zur Herausforderung des 11. Septembers ab; er plädiert für eine Umorientierung der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Alle Beiträge des Bandes sind wissenschaftlich fundiert, stark in der Analyse und auch konkret in den Policy-Empfehlungen für die praktische Politik. Sie verdeutlichen die mannigfachen Ursachen für die Zerbrechlichkeit des Friedens und leiten aus der Diagnose Bedingungen und Maßnahmen für einen stabilen Frieden ab.

Seit 1998 hat die rot-grüne Bundesregierung ein eigenes Gesamtkonzept für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung entwickelt und die Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Sinne einer vorausschauenden Friedenspolitik fortgesetzt. Die gesamte Entwicklungspolitik erfuhr eine Umgestaltung in Richtung einer globalen Krisenprävention und Friedenspolitik. Einzelne Schritte dabei waren die Entwicklung des Zivilen Friedensdienstes, die Kölner Entschuldungsinitiative und die deutschen Beiträge für die internationalen Programme im Kampf gegen die Armut, die Unterernährung und die Aids-Verbreitung. In allen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit ist Krisenprävention ein integraler Bestandteil geworden. Die Ausrufung des Jahres 2001 zum „Internationalen Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen“ durch die Vereinten Nationen wurde zum Anlass genommen, die eigenen Beiträge zur Nutzung einer intensivierten interkulturellen Kommunikation für das Ziel einer wirksamen Konfliktprävention auszuweiten. Die von der Bundesregierung verstärkte weltweite Unterstützung für Menschenrechte, Demokratie und die Herrschaft des Rechts befördert nicht nur eine erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung, sondern stärkt auch die Voraussetzungen für dauerhafte Stabilität und Frieden.

In der Querschnittsaufgabe Entwicklungspolitik bündeln sich zentrale Fragen des Überlebens und damit auch verschiedene Politikbereiche. Wirkungsvolle gesamtpolitische Kohärenz und Koordination der Zielsetzungen und des Handelns auf nationaler, europäischer und supranationaler Ebene sowie zwischen diesen Ebenen sind Voraussetzung für größere entwicklungspolitische Erfolge. Politische Kohärenz auf nationaler Ebene könnte am besten dadurch sichergestellt werden, dass auf der Ebene der Bundesregierung ein Entwicklungskabinett eingerichtet wird. Dieses definiert und kontrolliert die außen-, entwicklungs-, außenwirtschafts- und sicherheitspolitischen Ziele deutscher Politik. Die von der Bundesregierung inzwischen eingeführten entwicklungspolitische Verträglichkeitsprüfungen von Gesetzesvorhaben sind ein wichtiger Schritt zur Schaffung von Kohärenz.

Nach dem Willen der Bundesregierung soll die Europäische Union mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein umfassendes Sicherheitskonzept entwickeln, das politische, militärische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Elemente umfasst, die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungs- und Entwicklungspolitik verzahnt und die Fähigkeit zur Konfliktprävention verstärkt.

Die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds wie auch die Welthandelsorganisation sind wichtige Akteure für die Balance auf dieser Welt und einen fairen Interessenausgleich zwischen Ländern und Ländergruppen. Eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen mit geregelten Appellationsinstanzen ist auch nach Auffassung der Bundesregierung die richtige Antwort auf globale Trends zur Privatisierung von Gewalt und ihrem rücksichtslosen Einsatz für die Durchsetzung partikularer Interessen. Wo ein fairer Interessenausgleich in rechtsgesicherten Verfahren auch in der internationalen Politik zur Regel wird, verringern sich die Rekrutierungschancen für Gewaltprediger.

Die Beispiele Guatemala, Ruanda und Afghanistan lehren, dass es nicht nur humaner, sondern bei weitem auch billiger ist, Kriege zu verhindern als anschließend beim Wiederaufbau zu helfen. Eine sinnvoll betriebene Entwicklungszusammenarbeit trägt nicht nur zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen bei, sondern auch zur Schaffung von günstigen Rah-

menbedingungen für Frieden und Sicherheit; allerdings läuft sie immer Gefahr, in ein Prokrustesbett unterschiedlicher geopolitischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Interessen gezwungen und damit oft in ihren möglichen positiven Wirkungen beeinträchtigt zu werden. Die technische, finanzielle und personelle Entwicklungszusammenarbeit muss zukünftig konsequenter als bislang dazu beitragen, konfliktfördernde und konfliktverschärfende Strukturen und Bedingungen abzubauen.

Entwicklungspolitik verfügt über breite Erfahrungen beim Umgang mit Konflikten und deren Ursachen und leistet grundlegende Beiträge zu deren Bewältigung. Konfliktbewältigung muss sich vor allem auf vier Ebenen beziehen: auf Konfliktprävention insbesondere durch Bekämpfung von Krisenursachen wie Armut, Verfolgung, fehlende politische Partizipation und Raubbau an der Umwelt; auf Mediation und Deeskalation von Konflikten; auf die Nachkonfliktbewältigung; auf die Förderung des interethnischen und interkulturellen Dialogs. Alle diese Maßnahmen leisten auch einen wichtigen Beitrag dazu, dem internationalen Terrorismus die Unterstützung zu entziehen. Die deutsche internationale Politik muss personell, institutionell und finanziell besser als bisher in der Lage sein, Beiträge zur internationalen zivilen Krisenprävention, zur Konfliktregelung und Friedenskonsolidierung zu leisten. Dabei sollten neue Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen, nicht-staatlichen, zwischenstaatlichen und multilateralen Akteuren genutzt werden.

Worin liegt die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit? Sie kann - richtig eingesetzt - Notsituationen entschärfen und sinnvolle Beiträge und Impulse für die Entwicklung in einem Entwicklungsland leisten, auch zur Vermeidung gewalttätig ausgetragener Konflikte, und insofern Beispiel- oder Modellcharakter besitzen. Sie kann als Leichtgewicht im gesamten Entwicklungsprozess nur Anstoßwirkungen und Anreize für eine Verbesserung der Lage der Menschen in den Entwicklungsländern liefern, subsidiär und komplementär zu Eigenanstrengungen sein und als Katalysator für Problemlösungen dienen - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen zum Ziel gesetzt, den Anteil der 1,2 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut leben, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Zur Zielerreichung sind verstärkte Anstrengungen unabdingbar: von Seiten der Entwicklungsländer, der Industrieländer wie auch der internationalen Institutionen und Organisationen, auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene. Die Bundesregierung unterstützt dieses ehrgeizige Ziel durch den von ihr am 4. April 2001 beschlossenen und für alle Ressorts verbindlichen nationalen Aktionsplan. Sie will sich einmal für die Kohärenz aller Politikfelder hinsichtlich des Ziels der Armutsbekämpfung einsetzen und hierauf auch auf europäischer Ebene und im Rahmen der OECD hinwirken und zum anderen den Weg der ständigen qualitativen Verbesserung und der Steigerung der nachhaltigen Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit weitergehen. Zur Verwirklichung dieser Ziele ist ein entsprechender politischer Wille ebenso nötig wie bei der Mobilisierung höherer entwicklungspolitischer Leistungen.

Frieden und Konfliktprävention sind konstitutiv für die Überlebensfähigkeit der Einen Welt. „Also ist nicht mehr die Frage“, schrieb der Philosoph Immanuel Kant, „ob der ewige Friede ein Ding oder Unding sei, und ob wir uns nicht in unserem Urteil betrügen, wenn wir das Erstere annehmen; sondern wir müssen so handeln, als ob das Ding sei.“ Das zerbrechliche „Ding“ zu sichern ist die hohe Kunst von Politik und ein lohnender Dienst wissenschaftlicher Beratung. Möge dieser Sammelband der Friedenspolitik von Nutzen sein.

Uwe Holtz
Bonn, im Dezember 2001

Fragile Peace. State Failure, Violence and Development in Crisis Regions, ed. by Tobias Debiel with Axel Klein, London - New York 2002, p. XVI-XXI.

Uwe Holtz

Foreword

The Development and Peace Foundation (Stiftung Entwicklung und Frieden) presents this publication on the fragile peace, to examine different crisis regions and conflict scenarios under the three aspects of state failure, violence, and development. Coming out exactly four years after the publication of *Successful Peace (Der gelungene Frieden)* in the ONE World (EINE Welt) series, this is an important contribution to the field.

Gustav Heinemann, Germany's president from 1969 to 1974, had urged that peace must be made anew on a daily basis. Today – in view of the global reach of terrorism, and strife in the Balkans, the Caucasus, the Near and Middle East as well as in other of the world's developing regions – we understand this imperative better than ever.

Events during the 1990s, such as the genocide in Rwanda as well as many other crises and wars, made it plain that our existing conflict prevention capacities are woefully insufficient. New types of armed conflict are emerging that are de-linked from the state and that are often conducted in the name of religious, ethnic, or clan-related identities. They have further increased the challenge to politics: guerillas, mercenaries, warlords or fanatical terrorists respect neither the formality of boundaries nor the sanctity of peace accords.

The barbaric acts of terror perpetrated in the United States on 11 September 2001 were a challenge to the international community as a whole. As the UN Security Council unanimously voted, they were a belligerent attack on one country and have to be combated as a threat to world peace and international security, with all the means consistent with the UN Charter. This unanimous vote is 'historic in scope' because in addition to the NATO partners, old and new rivals such as Russia and China have also rallied around the US:

"They have all understood that what is at stake here is as good as precious as it is fragile: whether we will be able to enjoy the security that guarantees our freedom; whether we will be able to open our borders, universities, and workshops to outsiders; whether we will be able to protect the spaces of freedom that we have won in bloody contests, spaces in which religions and ideologies can subsist side by side in a reasonably peaceful fashion." (Josef Joffe)

It is in this sense that the 11th of September forces us to reflect on, and make sure of, the innermost mechanisms that hold our societies together. These forces of cohesion, including democracy and human rights, individual and economic freedom, equal rights for men and women, material prosperity, social responsibility and solidarity, the rule of law and acknowledgement of the state's monopoly of the use of force, the 'light' of enlightenment and reason, separation of church and state, a future that is not predetermined, respect for life, nature, and the generations to come, have a universal formative power. In Europe, too, these values have been under threat time and again.

September 11 is one more reason for the 'West' to think about what we owe to our ONE World. In view of universally acknowledged values such as freedom, solidarity, and shared responsibility the heads of the world's states and governments, including those from the wealthier countries, gathered at the United Nations Millennium Summit in New York in September 2000, took an oath to shape the world in the new century so as to make it a more humane and just place to live. In concrete terms, they committed themselves to reducing the share of the poor among the world's population by one half by the year 2015. In the first report presented by the North-South Commission in 1980, Commission Chairman Willy Brand called on the world to understand the efforts aimed at balancing the interests of industrialized and developing countries as a new 'historic dimension for the active pursuit of peace': 'While

hunger rules peace cannot prevail. He who wants to ban war must also ban mass poverty.’ Are we now, finally, undertaking proactive efforts to translate this insight into practice – not as the one and only element, but as one of the important components of a new sustainable peace policy?

In the post-September 11 world, both Germany and Europe are in fact faced, more clearly than ever, with a range of challenges, both new and old. The development toward a peace-dedicated responsibility of Europeans in their own territory, for neighbouring regions and beyond, has accelerated – albeit in conjunction with the concern that war could assume the role of a dominant expedient, forcing politics into the background. Karl von Clausewitz, though often misunderstood, had, in his theoretical treatise *On War*, accorded priority to politics in determining the objectives to be achieved by means of war. Politics, he noted, determined the aims of its military instrument, for which reason the former will always run like a red thread through the acts of war, never relinquishing its influence on it. All else, in particular the conduct of war as an end in itself, he went on, must be seen as bloodthirsty.

The use of military means is invariably a double-edged affair and can be no more than *ultima ratio*. What, then, is *prima ratio*? Seen in terms of the tensions and frustrations to which the gulf between poor and rich gives rise, it is to bring together development and peace, an objective that has found expression in the Foundation's name: to engage in a new kind of *détente* consisting of economic, social, and ecological components. Above all, development, in the sense of UNCED's *Agenda 21*, is the new name for peace. The chief task of development policy is to contribute to a development that is at once economically sustainable, socially equitable, humane, democratic, and peaceful.

The ONE World volume *Successful Peace*, edited by Professor Volker Matthies in 1997, imparted the message that peace is possible and feasible even in the face of adverse conditions. The task is now to determine what institutional and material, normative and emotional causes are responsible for the fragility of peace and how to create the conditions needed for a more stable and more durable peace.

In his introduction to the present volume, the editor, Tobias Debiel, presents some interesting reflections on the complex issues at hand: the crisis of the state, but also the arrogance of power of ruling cliques as central causes of armed conflict and impediment to development; the structures, inherent dynamics, and formal transformation of violence that are increasingly characterizing countries in conflict and further complicate peace making, and on the transformation of war-torn countries. These theoretical observations are interwoven with an overview of the different contributions organized by geographical region: the South Caucasus, including a cases study on Georgia; Central America with a case study on Guatemala; and the Horn of Africa, and a case study on Ethiopia. The editor concludes the volume with a contribution of his own on the challenge presented by the September 11, pleading in favour of a reorientation of foreign, security and development policies.

All the contributions are rooted in scholarship and present strong analyses and concrete policy recommendations geared towards practical politics. The contributors cast light on the manifold reasons for the fragility of peace, inferring from their diagnoses both conditions and measures needed for a stabile peace.

Since 1998 Germany's Red-Green government coalition has developed its own overall strategy for civil crisis prevention, conflict resolution and peace consolidation, forging ahead with a policy of disarmament and arms control in the sense of a forward-looking peace policy. As a result, Germany's entire development policy has been redirected towards crisis prevention and peace policy. Specific measures include the development of a civil peace service, the Cologne debt-relief initiative, and the German contributions to international programs geared to fighting poverty, malnutrition, and the spread of AIDS. Crisis prevention has become an integral element of all of Germany's development-cooperation programmes. Germany has taken the UN proclamation of 2001 as the ‘international year of dialogue between cultures’ as an occasion to enlarge its contributions aimed at harnessing intensified intercultural commu-

nication in the service of effective conflict prevention. The German government's increased worldwide support for human rights, democracy and the rule of law not only aims to promote successful, sustainable development, but also seeks to create the conditions needed for durable stability and peace.

Development cooperation is a cross cutting-field where the question of survival brings different policy fields together. Effective overall policy coherence as well as coordination of objectives and action both at the national, European, and international levels and between these levels are the *sine qua non* of greater success in the field of development policy. In Germany, political coherence at the national level could best be achieved by instituting a development cabinet at the federal level. This cabinet would be responsible for defining and overseeing the foreign-, trade-, and security-related aims of German policy. The development impact assessments for proposed legislation that have been instituted by the German government are an important step on the road to policy coherence.

One stated objective of the German government is to move the European Union to further develop its Common Foreign and Security Policy into a comprehensive security strategy. Embracing political, military, economic, social, and ecological elements, this strategy would interlock with Europe's foreign, security, defence and development policies and strengthen the EU conflict-prevention capacity.

The United Nations, the World Bank, the International Monetary Fund and the World Trade Organization are actors crucial to the balance of forces in our world as well as to a fair accommodation of national interests. The creation of legal structures for international relations, including clearly defined avenues of appeal, is the appropriate response to the global trend towards the privatization of the use of force and the ruthless application of violent means in pursuit of particularistic interests. Should the fair accommodation of interests based on due process become the rule in international politics as well, the preachers of violence would see their chances of recruitment considerably reduced.

As the examples of Guatemala, Rwanda, and Afghanistan illustrate it is not only more humane but also far less costly to prevent armed conflicts than to clean up and reconstruct afterwards. Reasonable and effective development cooperation contributes not only to improving people's living conditions but also to creating a framework favourable to peace and security. Development cooperation does, however, run the risk of being pressed into a Procrustes' bed of conflicting geopolitical, economic and foreign-policy interests, jeopardizing its potential positive impacts. In future all cooperation programmes involving technical, financial and personnel assistance must contain elements contributing to conflict prevention.

Development policy can draw upon a wide range of experience in dealing with conflicts and their causes and can make fundamental contributions to coming to terms with these factors. The task of dealing effectively with conflicts must focus above all on four levels: on conflict prevention, in particular by addressing causes of conflicts such as poverty, persecution, insufficient political participation and exploitation of the environment; on mediation and de-escalation of conflicts; on post-conflict management; and on promotion of inter-ethnic and intercultural dialogue. All of these measures contribute significantly to undercutting the support for international terrorism. In institutional, financial and personnel terms, German international policy must be placed in a better position to contribute effectively to international civil crisis prevention, conflict regulation and peace consolidation. This should include the use of new forms of cooperation between governmental, non-governmental, international and multilateral actors.

Where must the significance of development cooperation be sought? It can – appropriately used – defuse emergency situations and provide meaningful contributions to and impulses for development in a developing country as well as helping to prevent violent conflicts, and to this extent it can become a hallmark of good practice. It can provide impulses and incentives for improving the situation of people in developing countries, play a role subsidiary

and complementary to efforts undertaken in these countries, and serve as a catalyst in solving problems there.

The heads of state and government attending the UN Millennium Summit set themselves the goal of halving, by 2015, the figure of 1.2 billion of the world's population living in absolute poverty. Intensified efforts are essential if this goal is to be reached: on the part of developing countries, industrialized countries and inter-governmental organisations, at the governmental and non-governmental levels alike. The German government is supporting this ambitious goal through the national action plan which it adopted on 4 April 2001, which is binding for all German ministries and agencies. The German government has committed itself to working toward coherence between all policy fields in pursuit of the primary goal of poverty reduction and to using its influence at the European level and in the framework of the OECD toward this end. It has also pledged to continue all efforts aimed at improving the quality and increasing the sustainable effectiveness of development cooperation. The attainment of these goals calls for the necessary political will and for mobilization of greater development-related resources.

Peace and conflict prevention are constitutive elements for the survival capacity of our One World. 'So the question is no longer', the philosopher Immanuel Kant wrote, 'whether perpetual peace is a thing or a chimera, and whether we are not deceiving ourselves in our judgement if we assume the former; but we must act as if the thing existed.' Securing this fragile 'thing' is part of the high art of politics and a worthwhile objective of scientific advisory services. May the present volume prove to be of use to the policy of peace.